



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Reichsspiegel : (Vom 10. bis 16. Juli)

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Reichs Spiegel

(vom 10. bis 16. Juli)

### Auswärtige Politik

Marokko — Konsequentes Vorgehen Frankreichs — Deutschland und Frankreich —  
Das Interesse Deutschlands

Konsequent, vorbedacht, energisch streben die Franzosen seit einer langen Reihe von Jahren in Marokko ihrem Ziele zu. Seit mehr als einem Jahrzehnt begannen sie von der noch nicht festgelegten Südwestgrenze aus ihre Fühlhörner immer weiter hinein in das begehrte Land zu strecken. Waren die zum Schutze der Grenze angelegten Forts durch Straßen und Bahnen verbunden, wurde die Grenze bis an die Forts vorgelegt, dann wurden neue Fühlhörner ausgestreckt. Durch Besetzung der Schauja, als Pfand für Geldzahlungen, wurde von einer anderen Seite her in den letzten Jahren in das selbständige Sultanat eingedrungen. Wie bei dem Spiel „Wolf und Schafe“ wird durch systematisches Vorrücken die Bewegungsfreiheit mehr und mehr eingeengt, bis der Wolf mattgesetzt ist. Das von Frankreich eingehaltene Tempo war ein langames, desto sicherer aber zum Ziele führendes. Und dieses Ziel wurde um so erstrebenswerter, je mehr zu erkennen war, daß es nicht erst, wie in Algier, nach dreißigjährigem Kampfe zu erreichen, daß vielmehr in absehbarer Zeit die militärisch gut veranlagten Marokkaner als abhängige Freunde zur willkommenen Mehrung der französischen Wehrkraft verwendbar werden. Die guten Nerven hielten aber nicht durch. Dem Drängen kolonialer Schwärmer nachgebend und um die Zeit des Polizeimandats voll auszunutzen, wurde das Tempo ein eiligeres, überhastetes. Der Zug nach Fes, die Besetzung von Stützpunkten stimmen nicht zum vorbedachten, zielbewußten Handeln, stimmen nicht überein mit Mandat und Algecirasakte. Eine hinter den Kulissen wirkende, zu ungeduldig treibende Kraft ist die marokkanische Abteilung des französischen Militärnachrichtendienstes. Von ihr gehen die vorbereitenden Maßnahmen aus, Hilferufe von Europäern, Unterstützungsgesuche des Sultans, Raubzüge von Araberstämmen, kurz alles, was dazu gehört, um einem militärischen Eroberungszug den Mantel der Berechtigung umzuhängen. Einem so vorsichtigen und besonnenen Führer wie dem General Moitier hat es Frankreich zu danken, daß der Zug möglichst glatt verlief. Unter seinem Vorgänger, einem Draufgänger, wäre die Situation wohl verwickelter geworden. Die geheimen Fäden dieses „Bureau arabe“ werden überallhin gesponnen, sie durchdringen auch das Wirtschaftsleben, beeinflussen Raids und Rades, schalten jeden Wettbewerb deutscher Unternehmer aus.

Die Algecirasakte ist von Frankreich zerrissen, Spanien folgte in selbstverständlicher Konsequenz. Rechtzeitige deutsche Warnung war erfolglos. Durch die Entsendung eines Kriegsschiffs nach dem Hafen von Agadir ist Frankreich vor Augen geführt worden, daß Deutschland sich nicht zur Seite schieben läßt, daß, wenn auch die Zeit papierener, nur einseitig von Deutschland zu erfüllender

Verträge vorüber ist, verhandelt werden muß, um die durch das Abkommen von 1909 gewährleistete wirtschaftliche Gleichberechtigung endlich zur Tat werden zu lassen.

Es handelt sich nicht um Besitzergreifung, um einen Flottenstützpunkt, es handelt sich nur um allerdings für Deutschland sehr wichtige wirtschaftliche Fragen zwischen Frankreich und Deutschland allein. Diese Fragen sind für Frankreich mehr von politischem Interesse, für Deutschland rein wirtschaftliche. Auf den aus politischen Gründen zu erbauenden Straßen, Bahnen, Kanälen, Häfen, Post- und Telegraphenlinien sind Gleichberechtigung und Gleichbehandlung zu gewährleisten und nicht, wie bisher, durch Schikanen aller Art seitens der Franzosen, da wo sie die Macht dazu haben, sich anmaßen oder durch Beeinflussung scherifischer Behörden ausüben, beim Leichten und Laden, bei Zollabfertigung und Transport, beim Landerwerb, bei Handelsgeschäften, bei Ausübung erworbener Rechte die Ausführung fast unmöglich zu machen. Es sind dort aber auch gemeinsame Aufgaben zu lösen. Wenn dann noch zur wirtschaftlichen Erschließung der scharf abgegrenzte, außerhalb der geographisch-politischen Interessensphäre Frankreichs und Spaniens liegende Teil Marokkos, der Agadir und das Süsgebiet umfaßt, Deutschland geöffnet würde, wäre für die Zukunft die Reibungsmöglichkeit vermindert, Frankreichs Bewegungsfreiheit erweitert, die Selbständigkeit des Sultans nicht berührt und der erste Schritt zu einer politischen Annäherung beider Mächte getan. Es gilt Garantien und Kautelen für die Sicherung unserer wirtschaftlichen Unternehmungen in allen Teilen Marokkos von Frankreich zu erwirken, denn in allen Teilen steckt deutsche Arbeit, deutsches Kapital. Der Zeitpunkt hierfür ist der denkbar günstigste. Bei Schließung des Abkommens von 1909 war Frankreich wohl im Gefühl mancher kurz vorher erkannten Heereschäden zu Zugeständnissen geneigt, die Erfüllung aber hing ganz vom guten Willen seiner in Marokko amtierenden oder von diesen abhängigen scherifischen Organe ab, auch war sie fast unkontrollierbar. Jetzt fühlen sich beide Mächte beim Geben und Nehmen gleich stark, beide stützen sich auf ebenbürtige Heere von gleicher Stärke, mit gleich guter Bewaffnung. Wichtige Werte lassen sich freilich im voraus nicht einschätzen. Mehr denn je gehört zu einem Millionenheer ein Feldherr gleich Napoleon und sein Stern. Der Krieg ist und bleibt daher das letzte Mittel, nur die ultima ratio, die Erkenntnis fördert sachliches Verhandeln. Zu den vielen Detailfragen gehören allerdings Sachverständige, über die Frankreich durch jahrelangen Aufenthalt und weil es hierzu auch interessierte Kaufleute heranzieht, in größerer Zahl verfügt. Von Vorteil ist es, daß die beiden Botschafter in Paris und Berlin von Amts wegen sich jahrelang mit den einschläglichen Fragen beschäftigt haben. Und nachdem Erzellenz v. Schoen den ersten energischen Schritt seines Nachfolgers in Paris zu vertreten hatte, wird er sich überzeugt haben, daß sich Zuverlässigkeit mit Energie verbinden läßt. So werden die Verhandlungen in Fluß kommen. Ihr Ergebnis kann eine große Friedenstat bedeuten.

Generalmajor z. D. v. Koebell-Berlin

Londoner Brief

Stellung der Volksparteien — Fiasko der Konservativen — Eine politische Bombe — Das Referendum — Vorschlag der Regierungspartei — Das herrschende Regierungssystem — Ein freieres England

Die Krönung ist vorüber. Auf bunte Feste folgt das Erwachen zu Ernst und Pflicht. Mit besonderer Spannung sieht das englische Volk der Entwicklung der konstitutionellen Frage entgegen, auf welche die letzten Ergebnisse in der politischen Arena des Landes von bedeutendem Einfluß werden müssen.

Die Stellung der beiden großen englischen Volksparteien zueinander hatte nach Beendigung der Novemberwahlen keine ins Auge fallende Änderung erfahren. Und doch, mit wieviel mehr Zuversicht und Festigkeit konnte die aufs neue ins Amt berufene Regierungspartei dieses Mal auf ihre kühnen Ziele lossteuern! Handelt es sich doch um nichts Geringeres als zu entscheiden: Sollen die Lords, die repräsentierenden Häupter der oberen Zehntausend, weiter die Macht besitzen, die Stimme des Volkes, wie sie durch dessen erwählte Vertreter deutlich und unverkennbar zum Ausdruck gebracht wird, zum Schweigen zu bringen?

Die Wahlen haben hierauf die Antwort gegeben, doch nicht ohne harten und bitteren Kampf auf beiden Seiten. So wie die Regierung alles daran setzte, sich das Vertrauen des Volkes zu erhalten, hat die Opposition keine Mittel gescheut, ihr die Majorität streitig zu machen. Das Fehlschlagen dieser Versuche hat jedoch nicht nur die Stellung der Liberalen ungemein befestigt, sondern im feindlichen Lager eine Uneinigkeit hervorgerufen, welche das Prestige der Konservativen als Unionistenpartei für lange Zeit beeinträchtigen dürfte. Der Schlachtruf der Liberalen war kurz und bestimmt. Er lautete: Tod dem Veto. Ihr Angriff war spontan, während die Haltung des Gegners sich von Anbeginn durch eine Unentschiedenheit kennzeichnete, die auf den Ausgang des Kampfes nicht ohne Folgen bleiben konnte. In der Tat mußte der Feind stets neue taktische Maßregeln ergreifen, um sich im Felde behaupten zu können. Wie bei den letzten Wahlen Deutschland gegen die Politik der Liberalen ausgespielt wurde, so sollte dieses Mal Amerika der Sündenbock sein. Man denke sich: Mr. Redmond, der Führer der irischen Partei, hatte es nicht verschmäht, amerikanische Dollars entgegenzunehmen, um mit Hilfe dieses Mammons den Liberalen zu Sieg und Triumph zu verhelfen und so dem amerikanischen Geschäftsgeist die Erhaltung des Freihandels in England zu sichern. Die lächerliche Entstellung der wahren Sachlage und ihrer Bedeutung konnte leicht genug durchschaut werden, denn wer waren jene Verachtungswürdigen, welche jenseits des großen Ozeans ein Interesse daran hatten, den Irländer mit Geldmitteln zu versorgen? Keine andern als seine in Amerika reich gewordenen Lands- genossen, fortgetrieben durch Mißwirtschaft in der Heimat, welche englische Administration nicht verbessern konnte, leitende Persönlichkeiten in der Kolonie Kanada, welche den nach Selbstherrschaft strebenden Irländern mitfühlendes

Verständnis entgegenbringen. Es genügte zwei Ziffern, um das Argument zu entkräften: Der „Judaslohn“, mit dem „Amerika“ den Sieg der Liberalen erkaufen wollte, betrug 40 000 Pfd. Sterl., die Kosten einer Wahl belaufen sich jedoch durchschnittlich auf etwa 2000000 Pfd. Sterl.

Nach diesem Fiasko galt es für die Konservativen, etwas Glücklicheres ins Treffen zu führen. So versuchten sie, die noch unentschiedenen Wähler durch düstere Warnungen einzuschüchtern. „Liberalismus, wie man ihn euch bietet,“ so riefen sie, „ist Sozialismus in unverkennbarer Form. Seht ihr nicht die drohende Revolution, die sich unter dem liberalen Mantel verbirgt? Denn was bezweckt die geplante Zerstörung des Oberhauses anderes, als in einer Einzelkammer über den Kopf der Wählerschaft hinweg revolutionäre Maßregeln durchzubringen, den abtrünnigen Irländern als Dank für ihre Unterstützung Selbstregierung zu gewähren und so der Erhaltung eines vereinigten Königreichs entgegenzutreten? Wohl geben wir zu, daß sich eine Rekonstruktion des Oberhauses als nötig erwiesen hat, haben doch die Lords selbst in dem Rosebery-Landsdowneschen Plan die Wege dazu gewiesen; doch fort mit allen Gedanken, diese ehrwürdige Institution ganz zu vernichten! Im Gegenteil, in verstärktem Maße muß sie die Macht besitzen, den Angriffen der Volksvertreter auf die Sicherheit des Staates entgegenzutreten. Wir sind nicht, wie ihr glaubt, die Verfechter des Vorzugsklassensystems; nichts liegt uns ferner, als euch, beste Mitbürger, aus euerem guten Recht, stets das entscheidende Wort zu sprechen, hinauszudrängen. Seht, wir bieten euch ‚Referendum‘. Alle wichtigen Fragen sollen euch zur Einzelabstimmung unterbreitet werden, und wenn ihr uns ins Amt berufet, werdet ihr erkennen, wie ehrlich wir es meinen. Denn bereit sollt ihr uns finden, selbst unsere Lieblingsidee — Tarifreform — dieser Maßnahme zu unterwerfen, bevor wir uns an die Ausführung dieser wichtigen, epochemachenden Neuerung begeben.“

Wenn je eine politische Bombe ihr Ziel verfehlt hat, so war es dieses unerwartete, erstaunlich weitgehende Versprechen, dieser verzweifelte Versuch Mr. Balfours, des Führers der Konservativen, durch das Ausschneiden der Schutzzollpolitik aus seinem Programm gemäßigte wankelmütige Liberale für seine Partei zu gewinnen und ihr somit die unerläßliche Verstärkung zuzuführen. Vielleicht ist es ihm gelungen, durch diesen Coup eine noch größere Niederlage als die erlittene abzuwenden, doch wäre solcher Erfolg mehr als aufgewogen durch die Unzufriedenheit und Uneinigkeit, die dieses Versprechen unter seinen eigenen Genossen hervorgerufen hat. Ist ihrem Steckenpferdchen doch ein unverkennbares Hindernis in den Weg gestellt worden: der Tarifreformidee, welche seit Jahren an der Spitze ihres Programms steht und auf Grund derer es ihnen im Laufe der Zeit gelungen war, eine große Anzahl neuer Anhänger zu erwerben. So lag für die Partei die Gefahr einer offiziellen Spaltung nahe: in absolute Vertreter der Schutzzollpolitik und jene bei weitem geringere Anzahl von Unionisten, welche für die Aufrechterhaltung des Freihandels ein-

treten. Daß sie vor dieser Kalamität bewahrt wurde, ist einzig und allein darauf zurückzuführen, daß sie im Wahlkampfe unterlegen ist. Ebenso hat Mr. Balfour es wohl lediglich diesem Umstand zu verdanken, daß er den Zwiespalt in seinen Reihen als Parteiführer überlebt hat, denn wie hätte er es je mit seiner Ehre als Staatsmann vereinbaren können, sein einmal gegebenes Wort zurückzunehmen. Jetzt versuchen seine besten Anhänger ihn zu decken und erklären, daß ein für den Fall eines unmittelbaren Erfolges gegebenes Versprechen für alle Zukunft bindend sei, doch hatten sich bereits Stimmen geltend gemacht, welche nach einem neuen Parteiführer verlangten.

Schafft das Referendum vom liberalen Standpunkte aus einen Ausweg aus dem Dilemma? Was bedeutet Parlamentsvertretung? Jeder Staatsbürger wählt einen Vertrauensmann, an den er seine unbeschränkte Vollmacht für alle Regierungsfragen überträgt. Wozu bedürfte es einer solchen Einrichtung, wenn in jeder wichtigen Frage gesondert an das Volk appelliert werden müßte, wenn es in seine erwählten Vertreter nicht das Vertrauen setzen könnte, daß sie imstande wären, seine Wünsche nachdrücklich und wirkungsvoll zu verfechten? Ein Parlament würde in solchem Falle zu einer Farce reduziert, zu einer Versammlung von „Vertrauensleuten“ ohne Autorität und Verantwortung. Man beschuldigt die Regierung, verschwendungsflüchtig zu sein; sie hätte innerhalb eines Jahres zwei große Wahlen heraufbeschworen. Das koste dem Lande 4 Millionen Pfund. Jetzt plädiert die Gegenpartei für Volksabstimmung. Würden nicht die Mühen und Kosten, die in jedem einzelnen Falle damit verbunden wären, denen einer Allgemeinwahl sehr nahe kommen und im Laufe der Zeit einen Kostenaufwand bedingen, der den jetzigen weit überschreitet? Das Referendum hat aber noch weitere Nachteile, wie man sie in andern Ländern, z. B. in der Schweiz und Amerika wahrnehmen konnte. Es ist meistens sehr schwer, die ganze Wählerschaft, die durch gar zu häufige Inanspruchnahme ermüdet wird, zu bewegen, das Wahlrecht auszuüben, und der kleine Prozentsatz, der von ihm Gebrauch macht, läßt die Stimme des Volkes nur ungenügend erkennen.

Welchen Vorschlag stellt die Regierungspartei der Idee des Referendums gegenüber? Ist es berechtigt, ihr Programm als revolutionär zu bezeichnen? Es ist wahr, dem Oberhaus soll das Veto entzogen werden, doch soll es unbeschränkt das Recht behalten, in allen Parlamentsbeschlüssen Änderungen zu beantragen. Um so der Volksstimme das ausschlaggebende Wort zu sichern, soll jedes Gesetz nach seiner dritten Verlesung und spätestens zwei Jahre nach seiner ersten Einführung im Unterhause in Kraft treten. Für den Fall, daß die Volksvertreter aufhören würden, angesichts einer siebenjährigen Parlamentsdauer die politische Gesinnung ihrer Wählerschaft zu verkörpern, sollen fünfjährige Neuwahlen vorgesehen werden. Daß in einem Lande, in welchem die demokratische Regierungsform so hoch geschätzt wird, Ideen, welche nur zur Befestigung derselben dienen können, von einem großen Teil des Volkes als

revolutionär gebrandmarkt werden, zeigt, in welchem Maße die Wählerschaft von ihren Führern beeinflusst ist, die keine Mittel scheuen, um in Amt und Würde zu gelangen.

Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, ob das in England herrschende Regierungssystem, welches man gewohnt ist in aller Herren Länder als mustergültig gepriesen zu finden, wirklich so nachahmenswert erscheint. Nehmen wir beispielsweise die Frage: Freihandel gegen Schutzzollpolitik. Seit fast einem Dezennium streiten sich die klügsten Köpfe darüber, welche von beiden für die Prosperität des Landes die empfehlenswertere sei. Derartig komplizierte Fragen, zu denen ohne Zweifel auch die des Vetorechtes gehört, werden nun zu Wahlzeiten dem Volke selbst zur endgültigen Entscheidung vorgelegt. Denn die Stellungnahme zu ihnen ist es, durch welche sich im Grunde die Parteien kennzeichnen und unterscheiden. Ein Regierungssystem setzt, um in dieser Form berechtigt zu sein, ein Volk voraus, bei welchem die Geistesbildung auf einer ungleich höheren Stufe steht, als es zurzeit der Fall sein kann. Man mag in dieser Beziehung über die Engländer denken, wie man will, aber daß sie dem Ideal noch in recht respektvoller Entfernung geblieben sind, wird jeder zugeben, der Gelegenheit gehabt hat, die Urteilsfähigkeit des englischen Volkes in Kontroversen dieser Art näher kennen zu lernen.

Es ist erstaunlich, daß von kompetenter Seite, wo man gewiß längst die Wahrheit dieser Anschauung erkannt hat, noch kein erfolgreicher Vorschlag gemacht werden konnte, derartige einschneidende Fragen einer Versammlung unparteiischer urteilsfähiger Männer vorzulegen, ohne das Regierungssystem oder die Wahlfreiheit in den Augen des Volkes zu präjudizieren. Gewiß würde ein derartiges Komitee frei von „Parteien Haß und Günst“ über das Resultat seiner Forschungen in so sachlicher und erschöpfender Weise Bericht erstatten können, daß es auf Grund desselben möglich sein sollte, im Parlament selbst zu dem für die Prosperität des Landes nutzbringendsten Resultat zu kommen. Wie dem auch sei, auf diese oder jene Art wird über kurz oder lang ein Mittel gefunden werden müssen, um die im Gefolge der radikalen Neuerungen sich mit der Zeit mehr und mehr geltend machende sozialistische Tendenz in gegebenen Grenzen zu halten. So stehen wir ohne Zweifel vor einem neuen geschichtlichen Abschnitt, welcher England in seinem Freiheitsgedanken einen großen Schritt weiterbringen dürfte. Nach welcher Richtung hin dieser idealistische Erfolg von dem Volke ausgearbeitet wird, muß die Zukunft lehren. Wir Deutschen, die wir zwar auf allen Gebieten seine Wettbewerber, so doch aufs engste mit seinen Interessen verknüpft sind und unsere Wohlfahrt nicht in der Schädigung eines befreundeten Nachbarstaates erblicken, können nur wünschen, daß dieser Erfolg sich für das englische Volk und damit für die ganze Welt zu einem praktischen und in weiterem Sinne anregenden ergänzen möge.

S. Simmonds = London

## Bank und Geld

Überfülle am Geldmarkt — Bewegung der Devisenkurse — Der Zentralverband des Bankergewerbes und die Kreditrestriktionen der Reichsbank — Besserung am Eisenmarkt — Konferenz der Eisenindustriellen in Brüssel — Situation an der Börse — Ein kommendes Reichs-Petroleummonopol

Der Beginn des Julimonats hat der Börse eine ganz außerordentliche Geldfülle beschert, die seltsam kontrastiert mit den Zinssätzen von 15 Prozent, die für kurzfristige Darlehen über Ultimo zu zahlen waren. Es handelt sich hierbei um eine Nachwirkung der Restriktionsmaßregeln der Reichsbank, die noch immer der Bank- und Börsenwelt Anlaß zu lebhaften Erörterungen geben. Die Verteuerung der Lombardkredite hat bewirkt, daß die Geldentnahmen bei der Reichsbank sich fast ausschließlich in Form der Wechseldiskontierung vollzogen haben. Infolgedessen waren Rückzahlungen auf Lombardkonto nicht zu leisten, und die durch Diskontierung beschafften und nach dem Monatswechsel wieder zurückströmenden Gelder überschwemmt den offenen Markt. Dadurch erlitt nicht nur der Privatdiskont einen rapiden Rückgang, sondern auch der Satz für tägliches Geld sank bis auf 1 Prozent, einen seit langem unerhörten Satz. Die Reichsbank verlor bei einer Spannung von  $1\frac{1}{2}$  Prozent zwischen Bankfuß und Privatdiskont die Kontrolle über den Markt und sah sich außerstande, dieselbe wiederzugewinnen, weil sie nicht im Besitz diskontierfähiger Schatzscheine war. Erst in den letzten Tagen hat der Privatdiskont etwas angezogen, weil das Ausland, angelockt durch die niedrigen Zinssätze der Berliner Börse, in größerem Umfang Wechseldiskontierungen hier vorgenommen hat. Eine weitere Rückwirkung der Zinspolitik der Reichsbank spiegelt sich in der Bewegung der Devisenkurse wider. Im Laufe des Monats Juni waren dieselben auf einen sehr niedrigen Stand gesunken, weil, wie schon früher betont worden ist, namhafte Kapitalien, besonders französischer Herkunft, hierher gelegt wurden, wobei es dahingestellt bleiben kann, inwieweit für diesen Kapitalzug die Verteuerung der Lombardkredite mitbestimmend war. Im neuen Monat haben aber die Devisenkurse eine scharf ansteigende Richtung eingeschlagen, ein Zeichen dafür, daß nunmehr die umgekehrte Kapitalbewegung stattfindet. Hierbei mögen die vorerwähnten Diskontierungen des Auslandes nicht ohne Einfluß sein; zum Teil wird es sich aber auch um Zurückziehung ausländischer Guthaben oder um Bildung deutscher im Auslande handeln, mit denen der drohenden Abwanderung des fremden Geldes schon jetzt begegnet werden soll. Alle diese Begleiterscheinungen der von der Reichsbank eingeführten Neuerung sind wenig erfreulicher Natur, weil sie in den Markt ein Element der Unsicherheit hineintragen und die Gelddisposition erschweren. Es erscheint daher begreiflich, wenn Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes sich eingehend mit der Maßregel der Reichsbank befaßt haben. Ohne an der letzteren Kritik zu üben, beschränkt sich der Zentralverband darauf, behufs Abwendung der übermäßigen Inanspruchnahme der Reichsbank an den Quartalksterminen die Ausbildung und Vervollkommnung der bargeldlosen Zahlungsmethoden zu empfehlen, auf deren Wichtigkeit auch an dieser Stelle schon hingewiesen worden ist. Wenn zugleich festgestellt wird, daß den hierauf gerichteten Bemühungen der Bankwelt durch die

Einführung des Scheckstempels und durch die fiskalische Ordnung des Post-scheckwesens beklagenswerte Hindernisse in den Weg gelegt worden sind, so kann man diese Auffassung durchaus billigen, ohne doch der Meinung sein zu müssen, daß selbst bei Abstellung dieser Unzuträglichkeiten etwas Wesentliches an dem beklagten Quartalssturm auf die Reichsbank geändert werden würde. Die Gründe hierfür sind in der letzten Übersicht (Heft 29) ausführlich dargelegt. Die Angelegenheit ist so wichtig, daß sie auch in Zukunft die Diskussion immer von neuem beherrschen wird.

Wenn die Anzeichen nicht trügen, so scheint sich auf dem Eisenmarkt eine gewisse Besserung der Marktlage anzubahnen. Vor allem lauten die Berichte aus Amerika zuversichtlicher und hoffnungsfreudiger. Aber auch im Inlande sind Ansätze zu Preisbesserungen bemerkbar. Es zeigt sich, daß die Aufhebung einzelner Preiskonventionen, insbesondere für Stabeisen und Draht, nicht den gefürchteten ruinösen Einfluß auf die Preise gehabt hat, daß im Gegenteil der lang zurückgehaltene Konsum nunmehr mit Nachfrage an den Markt herantreten ist und eine leichte Besserung der Lage verursacht hat. Diese Zeichen eines beginnenden Umschwungs werden mit großen Hoffnungen begrüßt. Insbesondere scheinen sie der Erneuerung der Verbände, dieser wichtigsten Frage der schweren Industrie, ein günstiges Prognostikon zu stellen, da ja erfahrungsgemäß bei aufsteigender Konjunktur der Zusammenschluß sich ebenso leicht vollzieht, als bei niedergehender die Auflösung und der Zusammenbruch. Gleichwohl ist vor einer allzu optimistischen Beurteilung der Sachlage zu warnen. Mit welchen Schwierigkeiten die Erneuerung der Verbände zu kämpfen hat, zeigt das Essener Roheisensyndikat, dessen Zustandekommen aller gegenteiligen Mitteilungen ungeachtet bisher noch an dem Widerspruch der Gutehoffnungshütte gescheitert ist. Daß aber trotz aller Hemmnisse und Hindernisse im Einzelfall der Kartellierungsgedanke in der Industrie immer weitere Kreise zieht, beweist die kürzlich in Brüssel abgehaltene internationale Konferenz der Eisenindustriellen, die unter dem Vorsitz Garys, des Leiters des amerikanischen Steel-Trust, stattfand und an der Vertreter der bedeutendsten Eisenproduzenten aller Länder teilnahmen. Naturgemäß konnte es sich bei einer solchen einleitenden Besprechung nur um eine vorläufige Fühlungnahme handeln; doch ist die Bildung einer internationalen Vereinigung der Eisen- und Stahlfabrikanten in die Wege geleitet, die eine freundschaftliche Annäherung der Konkurrenten, Austausch von Erfahrungen, Ersparung von Frachten und Verbilligung der Selbstkosten bezwecken soll. Von Preiskonventionen oder territorialer Aufteilung der Absatzgebiete war einstweilen noch nicht die Rede, aber man sieht, wohin die Reise geht.

Die Ansätze zu einer Besserung der Marktlage im Eisengewerbe sind naturgemäß auf die Börse nicht ohne Einfluß geblieben. Der panische Schreck, der sie bei dem Eingreifen Deutschlands in die Marokkoaffäre befallen hatte, ist sehr rasch überwunden worden, als man sich überzeugte, daß diesseits wie jenseits des Rheins guter Wille zur Verständigung obwaltet. So hat man denn die politischen Bedenken abgeschüttelt und läßt sich willig von den Momenten bestimmen, die eine zuversichtlichere Beurteilung zu rechtfertigen scheinen. Dabei fällt in das Gewicht, daß der augenblickliche leichte Geldstand die Spekulation unterstützt und daß die Deckung der vorhandenen größeren Baissepositionen eine günstige Grund-

lage für die Aufwärtsbewegung der Kurse abgibt. So haben denn namentlich die führenden Montanwerte lebhaft steigende Kurse zu verzeichnen. Wie leicht das Publikum sich unter solchen Eindrücken begeistert und kritiklosen Übertreibungen anheimfällt, läßt sich an der dieser Tage vorgenommenen Einführung der Brauereiaktien Engelhardt ersehen. Das einführende Bankhaus hatte einen Kurs von 190 Prozent in Aussicht genommen; mehrere Tage konnte wegen übermäßiger Nachfrage zu unlimitierten Preisen eine Notiz nicht zustande kommen, und als sie dann schließlich doch stattfinden mußte, stellte sich der Kurs bei großen Umsätzen auf 235 Prozent, obwohl öffentlich in den Blättern vor diesem Übermaß spekulativen Eifers gewarnt worden war. Solche Erscheinungen sind bedenklich. Man braucht sich nur die Balke-Telling-Aktien anzusehen, die augenblicklich zu 105 Prozent umgetauscht werden und vor wenigen Jahren mit annähernd 200 Prozent bezahlt worden sind, um die Gefahren zu erkennen, die in dem übermäßigen Agio industrieller Werte liegen. Der gegenwärtige Augenblick erscheint aber für derartige Übertreibungen um so weniger geeignet, als man nicht voraussehen kann, welche Überraschungen der Verlauf der Marokkoangelegenheit noch bringen kann. Der Börse sollte doch noch in Erinnerung sein, welche Verluste ihr vor einigen Jahren das langandauernde diplomatische Spiel, die Unsicherheit der Lage und die wechselnden Aussichten in der gleichen Angelegenheit zugefügt haben.

Durch die Blätter geht eine angeblich von gut informierter Seite stammende Nachricht, derzufolge die Reichsregierung im nächsten Jahre den Entwurf eines Petroleummonopols vorlegen werde. Mit der Vertrustung des Petroleumhandels in Deutschland durch die Standard Oil Company haben wir uns früher hier schon (Heft 20, S. 334) beschäftigt. Nachdem die deutschen Konkurrenten der amerikanischen Monopolgesellschaft vor dieser die Segel gestrichen haben, besteht die dringende Gefahr, daß der noch übrige Wettbewerb am Markt, nämlich die österreichische und rumänische Produktion, durch einen ruinösen Preiskampf gleichfalls ausgeschaltet wird und das Feld widerspruchslos der Alleinherrschaft der Amerikaner überlassen bleibt, die schon gegenwärtig etwa vier Fünftel der Gesamteinfuhr liefern. Es hatte daher der Reichstag auf Antrag des Abgeordneten Strefemann eine Resolution angenommen, die Erhebungen über das Monopol der Standard Oil Company forderte und der Regierung die Begründung einer Reichshandelsanstalt für Petroleum nahe legte. Die Regierung scheint also, wenn die Nachricht zutrifft, diesem Verlangen nunmehr entsprechen zu wollen. Der Begründung eines Staatsmonopols wird man nicht mit ungeteilter Freude zustimmen. Wenn aber die private Initiative unterlegen ist und nur das Eingreifen des Staates uns vor einem ausländischen Privatmonopol, und zwar einem der übel berüchtigtesten Gesellschaft, schützen kann, so müssen doktrinaire Bedenken schweigen. Sache des Reichstages wird es sein, dafür zu sorgen, daß der deutsche Konsument nicht aus der Scylla in die Charybdis fällt. Spectator

Verantwortliche Schriftleiter: für den politischen Teil der Herausgeber George Kleinow-Schöneberg, für den literarischen Teil und die Redaktion Heinz Amelung-Friedenau. — Manuskriptsendungen und Briefe werden ausschließlich an die Adresse der Schriftleitung Berlin SW. 11, Bernburger Straße 22a/23, erbeten. — Sprechstunden der Schriftleitung: Montags 10—12 Uhr, Donnerstags 11—1 Uhr.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dessauer Straße 37.